



Nr. 282 | 19.10.2021

Polen-Analysen

Polen und Afghanistan

■ ANALYSE		
Polen und Afghanistan: eine reichhaltige (vergessene) Vergangenheit und schwierige Gegenwart		2
Adam Balcer, Warschau/Breslau		
■ DOKUMENTATION		
Mitteilung des polnischen Verteidigungsministeriums zum Ende des polnischen Afghanistaneinsatzes		7
■ INTERVIEW		
OKO.press und Janina Ochojska über afghanische Ortskräfte und Aufnahmebedingungen in Polen		8
<hr/>		
■ CHRONIK		
1. – 18.Oktober 2021		10

Polen und Afghanistan: eine reichhaltige (vergessene) Vergangenheit und schwierige Gegenwart

Adam Balcer, Warschau/Breslau

DOI: 10.31205/PA.282.01

Zusammenfassung

Im August 2021 endete nach knapp 20 Jahren der Einsatz der polnischen Streitkräfte in Afghanistan, die größte und längste Friedens- und Stabilisierungsmission in der Geschichte Polens. Ihr Ende ging mit der größten Evakuierungsaktion von Ausländern in der Geschichte Polens einher. Seit Anfang August herrscht außerdem an der polnisch-belarussischen Grenze eine von Belarus hervorgerufene humanitäre Krise, unter der auch Menschen aus Afghanistan leiden. Ihr Ausmaß ist beispiellos in der polnischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Allerdings reichen die Verbindungen zwischen Polen und Afghanistan deutlich über die aktuelle Gegenwart und jüngste Vergangenheit zurück und beschränken sich nicht nur auf Kriege und Flüchtlinge.

In den letzten Monaten stand Afghanistan im Zentrum der öffentlichen Diskussion in Polen. Gründe dafür waren der Abzug der polnischen Soldaten aus Afghanistan nach knapp 20 Jahren, die Evakuierung von afghanischen Ortskräften sowie die Flüchtlings- und Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze. Die polnisch-afghanischen Beziehungen haben allerdings – wenngleich dies kaum bekannt ist – eine deutlich längere und reichere Geschichte.

Missionare und Spione

Die historischen Beziehungen zwischen Polen und Afghanistan leiten sich aus den Beziehungen Polens zu Zentralasien sowie dem Iran (Persien) ab, mit denen die Polen in ihrer Geschichte stärker entwickelte Verbindungen hatten. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass ca. 35 Prozent der Einwohner Afghanistans Nationen angehören, die ihre Staaten in Zentralasien haben (Tadschiken, Usbeken, Turkmenen), und Dari-Persisch die Muttersprache von der Hälfte der Einwohner Afghanistans ist; von weiteren 30 Prozent ist es die Zweitsprache.

Der erste Pole, der in Beziehung zu Afghanistan stand und das Land sehr wahrscheinlich besucht hat, war Tadeusz Krusiński (1675 bis 1757), ein Jesuit, Missionar, Arzt und Orientalist und – was das wichtigste ist – der erste europäische neuzeitliche Historiker Persiens (des Irans) und Afghanistans. Er beherrschte mehrere Sprachen des Nahen Ostens, unter anderem Persisch. Viele Jahrzehnte lang waren seine Arbeiten Standardwerke zu Persien und Afghanistan in Europa. Anfang des 18. Jahrhunderts lebte Krusiński mit einigen Unterbrechungen über 20 Jahre lang in Persien, zu dem damals der größte Teil des heutigen Afghanistan gehörte. Polen koordinierte zu der Zeit die katholische Missionstätigkeit in der Region. Krusiński arbeitete als Arzt, Über-

setzer und Diplomat für die höchsten staatlichen Autoritäten, u. a. für den Schah. Er war Zeuge der Angriffe der Afghanen auf Persien, die dessen Untergang mitwirkten und zur Stärkung der unabhängigen afghanischen Staatlichkeit beitrugen. Krusiński war Arzt eines der wichtigsten afghanischen Militärführer. Er lernte sowohl die Afghanen, mit denen er drei Jahre lang täglich zu tun hatte, gründlich kennen als auch das Land. In seinen Arbeiten hinterließ er beispiellos genaue Beschreibungen Afghanistans: Er schilderte nicht nur die herrschenden gesellschaftlichen, sittlichen, ökonomischen und politischen Beziehungen, sondern stellte auch das ethnische Mosaik des Landes dar und widmete als erster europäischer Historiker den Paschtunen (Afghanen), der größten ethnischen Gemeinschaft des Landes, besondere Aufmerksamkeit. Ebenfalls als erster Europäer beschrieb er detailliert das höchste Gebirge Afghanistans, den Hindukusch, sowie die Flüsse des Landes.

Weitere Polen gelangten im 19. Jahrhundert über Zentralasien nach Afghanistan, als die Region ein Gebiet russischer Expansion wurde. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts herrschte Petersburg auch über den Großteil des einst polnischen Territoriums. Afghanistan wurde damals zu einem Gebiet, um das – bis heute – die großen Mächte konkurrieren. In jener Zeit waren es Russland und Großbritannien im sog. Großen Spiel. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Pole Jan Prosper Witkiewicz (1808 bis 1839), ein russischer Gesandter in Afghanistan, der zuvor aufgrund seiner pro-polnischen Aktivitäten für die Unabhängigkeit von Russland nach Zentralasien verbannt worden war. Witkiewicz war außergewöhnlich sprachbegabt, er beherrschte knapp 20 Sprachen, darunter Persisch und Paschtu. Russland entsandte Witkiewicz schließlich als angeblich gewöhnlichen Reisenden nach Kabul, in Wirklichkeit hielt er sich dort in geheimer Mission auf, um die Machthaber Afghanistans zu über-

reden, mit Russland ein Bündnis gegen Großbritannien einzugehen. Witkiewicz reiste häufig inkognito in afghanischer Kleidung durch das Land und blieb dort dank seiner hervorragend Kenntnisse des Persischen und Paschtu. Er besuchte die wichtigsten Städte in Afghanistan und war u. a. im von den Persern belagerten Herat. Während dessen Belagerung fiel der polnischstämmige Anführer der persischen Armee, General Izydor Borowski, der einige Jahre gegen die Afghanen gekämpft hatte. Witkiewicz brachte aus Afghanistan Dokumente und Unterlagen sowie topografische Karten des Landes mit, die für die Russen wichtig waren. Er starb unter mysteriösen Umständen in einem Hotel in Petersburg, als er auf eine Audienz im Außenministerium wartete. Nach offizieller Version beging er Selbstmord, allerdings waren alle von ihm zusammengetragenen Unterlagen verschwunden. Rasch kamen Vermutungen auf, dass er vom britischen Geheimdienst oder aber vom russischen Geheimdienst wegen des Verdachts auf Zusammenarbeit mit den Briten ermordet worden sei. Witkiewicz' Nachkommen, die im 19. und 20. Jahrhundert als Schriftsteller, Architekten und Maler großen Einfluss auf die Entwicklung der polnischen Kultur hatte, verbreitete das Bild des Jan Prosper als tragischen polnischen Patrioten, der im Interesse seiner Nation ein doppeltes Spiel spielte. Es sollte darauf abzielen, einen Krieg zwischen Russland und Großbritannien zu provozieren, der Polen die Unabhängigkeit bringen sollte. Die Gestalt des Jan Prosper verewigte auch Adam Mickiewicz, der berühmteste polnische Dichter der Romantik, in seinem Werk.

Unabhängige Partner und Modernisierer

Im November 1918 erlangte Polen die Unabhängigkeit und im August 1919 erhielt Afghanistan die vollständige Souveränität und ließ die Zeit der britischen Protektion hinter sich. Im Jahr 1921 kam eine diplomatische Delegation aus Afghanistan nach Polen, an deren Spitze General Muhammad Wali Chan stand. Sie wurde von Marschall Józef Piłsudski, dem Anführer des unabhängigen Polen, empfangen. 1924 schlug Afghanistan Polen vor, einen Handelsvertrag abzuschließen. Warschau reagierte positiv auf dieses Angebot und plante, eine Sondermission nach Afghanistan zu schicken. Allerdings kam es erst 1926 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Im Jahr 1927 wurde Józef Alfred Graf Potocki (1895 bis 1968) als erster offizieller Abgesandter nach Afghanistan geschickt. Er war ein Sondergesandter des polnischen Präsidenten Ignacy Mościcki. Ein Ergebnis des Besuches war die Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zwischen beiden Ländern. 1928 kam der afghanische König, Amanullah Khan (Emir von 1919 bis 1926, König von 1926 bis 1929), der Gründer des unabhängigen Afghanistan und sein erster König, nach

Polen. Sein Besuch stieß auf ein außerordentliches Interesse; in Warschau begrüßten ihn große Menschenmengen. Die polnischen und afghanischen Anführer unterstrichen die Ähnlichkeit der historischen Erfahrungen beider Länder – den Kampf für die Unabhängigkeit gegen mächtige Nachbarn. Der König bemühte sich, Reformen nach europäischem Muster in Afghanistan einzuführen, und strebte deshalb engere Beziehungen mit einigen Ländern Europas an, darunter Polen, das wie Afghanistan an die Sowjetunion angrenzte. Seine Politik stieß auf den Widerstand konservativer und fundamentalistischer Kreise, die seinen Besuch nutzten, um in Afghanistan einen Bürgerkrieg zu entfachen. In dessen Verlauf ging Amanullah Khan ins Exil. 1932 wurde eine afghanische Gesandtschaft in Polen mit Sitz des Gesandten in Paris eingerichtet. 1938 wiederum erfolgte die Berufung der polnischen Gesandtschaft in Kabul mit Sitz in Teheran. Hervorzuheben ist, dass in den Jahren 1938/39 ca. 20 polnische Topografen, Geologen sowie Straßenbauingenieure eine Anstellung in Afghanistan fanden, viele von ihnen behielten sie auch während des Zweiten Weltkrieges und danach. Die polnischen Spezialisten trugen zur zivilisatorischen Entwicklung des Landes bei. Zu ihnen gehörte der Geophysiker Edward Stenz, Gründer des Meteorologischen Instituts in Kabul, Zbigniew Jastrzębski, Leiter des ersten Labors für Baumaterialuntersuchungen, Adam Drath, leitender Geologe im Bergbauministerium des Königreiches Afghanistan, und Mieczysław Szczęsny Okęcki, Chefingenieur bei der afghanischen Regierung. Die polnischen Ingenieure bauten Straßen, Brücken und Tunnel. Nach dem Zweiten Weltkrieg eröffneten beide Staaten diplomatische Vertretungen im anderen Land, die 1961 zu Botschaften erhoben wurden. Auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder entwickelte sich. In den Jahren 1967 bis 1970 war der bekannte polnische Architekt Józef Zbigniew Polak in Afghanistan tätig. Er erhielt einen ersten Preis für den Umbau des Zentrums von Kabul. Die größte Leistung der Zusammenarbeit war jedoch die Ausarbeitung und Herausgabe des ersten Nationalen Atlases Afghanistans in englischer und persischer Sprache in Warschau im Jahr 1984. Den Atlas hatten polnische Kartografen unter der Leitung des herausragenden Geografen und Kartografen Henryk Górski erstellt.

Polnische Mudschaheddin

Die Beziehungen zwischen dem kommunistischen Polen und Afghanistan wurden nach dem prosowjetischen Staatsstreich 1978 intensiver. Dieser rief Widerstand in Teilen der Bevölkerung Afghanistans hervor und es kam zur sowjetischen Intervention zur Unterstützung der afghanischen Regierung. Vereinzelt fanden sich Polen auf beiden Seiten des Konfliktes. 1986/87 ver-

kehrte Radosław Sikorski als Kriegskorrespondent der britischen Medien in den Reihen der Aufständischen; Sikorski hatte nach 1989 das Amt des Verteidigungsministers, des Außenministers und des Sejmmarschalls der Republik Polen inne. Er gab zwei Bücher heraus, die sich mit dem Krieg in Afghanistan befassen, »Moscow's Afghan war. Soviet motives and western interests« und »Prochy świętych – Podróż do Heratu w czas wojny« (Die Asche der Heiligen – die Reise nach Herat in der Kriegszeit). Im Jahr 1988 erhielt er die prestigeträchtige Auszeichnung *World Press Photo* für die Aufnahme einer Familie, die infolge einer sowjetischen Bombardierung ums Leben gekommen war. Sikorski widmete eines seiner Bücher Andy Skrzypkowiak, der als Mudschahed aufseiten der Aufständischen kämpfte und an der Front Dokumentarfilme und Reportagen drehte. Skrzypkowiak wurde von einer der radikalen Fraktionen der Aufständischen ermordet. Auch Lech Zondek, der ebenfalls bei den Aufständischen diente und als Korrespondent für *Radio Free Europe* und *Voice of America* arbeitete, verlor sein Leben in Afghanistan. Der dritte polnische Mudschahed war der bekannte oppositionelle Aktivist Jacek Winkler. Weltberühmtheit erlangte er durch seine Aktion, zwei Fahnen mit der Aufschrift *Solidarność* und »Solidarität/*Solidarność* mit dem Kampf des afghanischen Volkes« auf den Mont Blanc zu setzen, als in der Volksrepublik Polen das Kriegsrecht galt und in Afghanistan der Krieg gegen die russische Intervention herrschte. In Afghanistan erstellte Winkler eine Fotodokumentation, die heute sehr wichtiges historisches Quellenmaterial bietet. Winkler ging auf Vortragsreise durch US-amerikanische und kanadische Universitäten und schuf Öffentlichkeit für die afghanische Frage. Er war außerdem Herausgeber eines »Afghanischen Bulletins« und arbeitete als Berater zum Thema Afghanistan bei *Radio Free Europe* und *Voice of America*. Die genannten Polen unterhielten enge Kontakte mit Ahmad Schah Massoud, dem berühmten Kommandeur der Aufständischen. Aus der Perspektive der polnischen Geschichte hatte jedoch letztlich die sowjetische Niederlage in Afghanistan Schlüsselbedeutung für die Zukunft Europas und Zentralasiens. So stellte Radosław Sikorski zu Recht fest: »Polen ist Afghanistan Dank schuldig. Viele Male in der Geschichte kämpften wir für eure und unsere Freiheit, aber es profitierten andere davon. In den 1980er Jahren kämpften die Afghanen und wir profitierten. Wer weiß, ob sich im Jahr 1980 das sowjetische Politbüro nicht für die traditionelle Lösung des Problems der *Solidarność*, d. h. für eine bewaffnete Invasion, entschieden hätte, wenn es nicht schon eine offene Front in Zentralasien gegeben hätte. Wer weiß, wie der sowjetische Kommunismus geendet hätte, wenn Michail Gorbatschow anstelle der afghanischen »blutenden Wunde« Hundert Milliarden

gesparte Dollar für die Modernisierung der Wirtschaft gehabt hätte. Vielleicht wäre es gelungen, auf evolutionärem Wege aus dem Kommunismus herauszukommen, nach chinesischem Muster, bei Erhalt der Macht in den Händen der Partei, ohne das externe Imperium zu verlieren und ohne Zusammenbruch der UdSSR?«

Die längste Mission

Wenige Jahre nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan wurde das von Moskau gestützte Regime gestürzt. Es brach ein Bürgerkrieg aus, der im Jahr 1996 zur Machtübernahme der Taliban, islamischer Fundamentalisten, führte. Infolgedessen kamen die polnisch-afghanischen Beziehungen praktisch zum Erliegen. Durch die Angriffe von Al-Kaida, der Verbündeten der Taliban, auf die USA am 11. September 2001 veränderte sich die Situation radikal. Polen engagierte sich zusammen mit anderen westlichen Ländern aufseiten der USA im Krieg gegen die Taliban, die für mehrere Jahre die Kontrolle über den deutlich größeren Teil Afghanistans verloren und einen Partisanenkampf gegen die Streitkräfte der NATO und der afghanischen Regierung führten. Polen beschloss, sich in größerem Maße militärisch in Afghanistan zu engagieren, um sein Bündnis mit den USA sowie seine Position im Rahmen der NATO zu stärken. Zudem wollte es seinen Status des glaubwürdigen loyalen Bündnismitglieds bestätigen, das seinerseits in Zukunft ebenfalls auf die Solidarität der anderen Mitgliedsstaaten zählen können. Das »Polnische Militärkontingent Afghanistan« war von 2002 bis 2021 dort eingesetzt. Von 2002 bis 2014 diente es im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (*International Security Assistance Force – ISAF*), die ab 2003 der NATO unterstand. In den Jahren 2014 bis 2021 engagierte sich das Polnische Militärkontingent in einer weiteren NATO-Operation, *Resolute Support*. Anfangs gehörten dem Kontingent gut 100 Soldaten an, zu Spitzenzeiten (2010/11) waren es knapp 2.600. Insgesamt nahmen an dem Einsatz in Afghanistan ca. 33.000 Soldaten und Militärangehörige teil. Zum Vergleich: Im Irak waren zwischen 2003 und 2011 mehr als 15.000 polnische Soldaten und Militärangehörige eingesetzt. Während der Afghanistanmission kamen 43 Soldaten und ein weiterer Militärangehöriger ums Leben. Die meisten Todesopfer gab es in den Jahren 2008 bis 2011. Auf der Grundlage der zugänglichen Daten lassen sich die Kosten des Einsatzes der polnischen Soldaten in Afghanistan auf knapp zwei Milliarden Euro schätzen. Dabei sind allerdings nicht die Kosten für die Betreuung der Veteranen berücksichtigt. Während der Afghanistanmission war das Polnische Militärkontingent größtenteils zusammen mit den US-amerikanischen Truppen in der Provinz Ghazni stationiert. Sie agierten dort als polnisch-amerikanische *Task Force White Eagle*.

Im Jahr 2012 wurde begonnen, den Afghanen die Verantwortung für die Provinz Ghazni zu übergeben. Ab Oktober 2012 nahm die polnische Militärmission einen Schulungs- und Stabilisierungsstatus ein. Die Aktivitäten des Polnischen Militärkontingents konzentrierten sich vor allem auf Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung vor Ort sowie Beratung und Schulung der afghanischen Polizei und Armee, verbunden mit gemeinsamen Operationen afghanischer und polnischer Spezialkräfte gegen Rebellenführer. Im Mai 2013 wurde den Afghanen offiziell die volle Verantwortung für die Provinz Ghazni übertragen. Das Polnische Militärkontingent trat in die Phase des Rückzugs aus Afghanistan ein. Dieser wurde im August 2013 durch den größten Angriff in der knapp 20-jährigen Geschichte des Kontingents durch einige Hundert Taliban gestört. Der Angriff wurde abgewehrt, knapp 20 Rebellen kamen ums Leben, die Verluste bei den Bündnispartnern beliefen sich auf zehn verletzte Polen (ein Schwerverletzter) und einen getöteten US-Amerikaner. Dem Polnischen Militärkontingent wurde zwar bis Dezember 2014 der Rückzug befohlen, jedoch beschloss Polen die Fortsetzung der Militärpräsenz in Afghanistan im Rahmen der NATO-Schulungsmision *Resolute Support*. Der ersten Ablösung gehörten ca. 120 Soldaten an. Die größte Anzahl erlangte das Polnische Militärkontingent in seiner Schulungsmision Mitte 2018, als es auf 350 Soldaten und Militärangehörige erhöht wurde. Es blieb bis August 2021, als die Taliban endgültig den Bürgerkrieg gewannen.

Auch wenn die knapp 20-jährige Mission des Polnischen Militärkontingents Afghanistan nicht den Sieg der Taliban verhinderte, muss sie als positiv für Polen bewertet werden. Die wichtigsten positiven Aspekte waren die groß angelegte Zusammenarbeit der polnischen Streitkräfte mit Bündnispartnern unter den Bedingungen des Kampfeinsatzes, die Beschleunigung der Modernisierung der polnischen Streitkräfte sowie die außerordentlichen Erfahrungen während der Militäroperation. Dies führte dazu, dass die Schulungsprogramme angepasst und verbessert wurden.

Die Evakuierung aus Afghanistan und die Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze

Im August 2021 musste Polen außer dem Abzug seiner Soldaten die größte Evakuierungsaktion in seiner neuesten Geschichte durchführen. Um die polnischen Bürger und die Mitarbeiter der polnischen Einheiten und der diplomatischen Dienste, die sich in Afghanistan aufhielten, zu evakuieren, wurde die Transportluftfahrt der Luftstreitkräfte zum Flughafen in Kabul geschickt. Dazu gehörten drei Militärtransportflugzeuge. Die Evakuierungsflüge verliefen über die Strecke Warschau – Tiflis (Georgien) – Navoi (Usbekistan) –

Kabul. Die Hauptbasis der Transportgruppe war der usbekische Flughafen; von dort gingen die Flüge nach Kabul ab. Die evakuierten Personen wurden aus Navoi über Tiflis nach Warschau geflogen; gechartert wurden die Boeing 787 Dreamliner und die Embraer 195 von der polnischen Zivilluggesellschaft LOT. Im Rahmen der Evakuierungsaktion, die vom 17. bis 27. August 2021 durchgeführt wurde, fanden 30 Militärflüge und 14 Zivilflüge statt. Insgesamt wurden knapp 940 Afghanen (Mitarbeiter der militärischen Einheiten und diplomatischen Dienste Polens, Tschechiens, Estlands, Litauens, Deutschlands, der Vertretung der Europäischen Union, Mitarbeiter des Internationalen Währungsfonds, des Internationalen Olympischen Komitees sowie deren Familien) und über 300 Bürger anderer Staaten nach Polen gebracht. Die polnische Regierung erklärte, dass alle evakuierten Afghanen das Recht haben, in Polen zu bleiben, und den Flüchtlingsstatus oder einen anderen Schutzstatus sowie das Recht auf ständigen Aufenthalt erhalten. Neben afghanischen Staatsbürgern, die aus Afghanistan evakuiert wurden, stellten im Jahr 2021 (Januar bis September) rund 800 Afghanen in Polen Asylanträge. Die Ankunft der evakuierten Afghanen hat die sehr kleine afghanische *community* in Polen deutlich vergrößert. Mitte 2021 besaßen gut 230 Afghanen in Polen den legalen Flüchtlingsstatus, eine Aufenthaltskarte oder Daueraufenthaltskarte oder den subsidiären Schutzstatus. Im ersten Halbjahr 2021 erhielten weniger als 25 Afghanen eine Arbeitserlaubnis in Polen. Auf der anderen Seite hat sich in den letzten Jahren der Bevölkerungsanteil der Nationen, die in Afghanistan leben, aber aus den Nachbarländern (Usbekistan, Tadschikistan, Iran, Pakistan, Turkmenistan) kommen und gegenwärtig in Polen leben, deutlich vergrößert und ist deutlich größer als der Anteil der Afghanen. Mitte 2021 lebten knapp 5.000 Bürger der genannten Staaten mit einem geregelten Aufenthaltsstatus in Polen (fast die Hälfte von ihnen stammt aus Usbekistan). Knapp 7.000 erhielten im ersten Halbjahr 2021 eine Arbeitserlaubnis (darunter ca. zwei Drittel aus Usbekistan), hier kann man einen weiteren Anstieg erwarten. Während der polnische Staat eine sehr restriktive Politik betreibt, was die Einbürgerung und die Daueraufenthaltskarte betrifft, zeichnet er sich in der Europäischen Union durch eine liberale Arbeitsmigrationspolitik aus. Die wachsende Präsenz der befristeten Arbeitsmigranten aus Zentralasien in Polen hat zur Folge, dass die Situation in Afghanistan und deren Einfluss auf die Nachbarländer weiterhin Bedeutung für Warschau haben, auch wenn die polnischen Streitkräfte Afghanistan verlassen haben.

Die polnische Politik der Wirtschaftsmigration unterscheidet sich radikal von der Asylpolitik Polens. Polen gehört zu den Ländern der Europäischen Union mit dem höchsten Faktor abgelehnter Asylanträge –

deutlich höher als beispielsweise in Deutschland. Fragen der Asylpolitik wurden in Polen besonders wichtig im Zusammenhang mit der humanitären Krise an der polnisch-belarussischen Grenze. Diese trat gleichzeitig mit der Evakuierungsaktion aus Afghanistan ein. Afghanistan trat hier als einer der Staaten in Erscheinung, aus dem Flüchtlinge kamen, die versuchten, illegal die polnisch-belarussische Grenze zu übertreten. Die polnische Regierung wiederum spielt die islamfeindliche Karte gegenüber diesen Personen aus und bezieht Afghanistan dabei mit ein.

Die humanitäre Krise an der polnisch-belarussischen Grenze wurde vom diktatorischen Regime des belarussischen Staatspräsidenten Alexander Lukaschenko ausgelöst. Er beschloss, Druck auf die EU auszuüben, indem er Flugzeuge mit Bürgern verschiedener asiatischer und afrikanischer Staaten ins Land holte, um sie anschließend an die Grenze zu Lettland, Litauen und Polen zu führen. Vom 1. Januar bis 14. Oktober 2021 verhinderte der polnische Grenzschutz 18.000 Versuche, die polnisch-belarussische Grenze illegal zu übertreten, allein 7.000 Versuche waren es im Oktober. Als Reaktion auf das Vorgehen Lukaschenkos begann Polen bereits im August, entlang der Grenze Stacheldraht zu ziehen. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament verurteilten einmütig das Vorgehen Belarus', riefen Polen aber auf, in Übereinstimmung »mit dem EU-Recht, in voller Achtung der grundlegenden Menschenrechte und unter Gewähr eines wirksamen Zugangs zu Asylverfahren« zu handeln. Die polnischen Behörden hinderten jedoch die Mehrheit der Ausländer, welche die Grenze übertraten, einen Asylantrag zu stellen, womit sie gegen internationales und europäisches Recht sowie die polnische Verfassung verstießen. Der polnische Grenzschutz und die Armee übten sog. *Pushbacks* aus, das heißt, die Ausländer wurden nach Belarus zurückgedrängt. Berichten von Menschenrechtsorganisationen und Journalisten zufolge wurden jene teilweise von den polnischen Funktionären geschlagen und schlecht behandelt. Am schlimmsten ist, dass mindestens sieben Personen infolge von Hunger, Erschöpfung und Unterkühlung im polnischen Grenzgebiet zu Tode kamen. Nach Nichtregierungsorganisationen, die sich auf Aussagen von Augenzeugen stützen, kann die Zahl der Todesopfer deutlich höher liegen. Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentrierte sich insbesondere auf das Dorf Usnarz Górny, wo mehr als anderthalb Monate eine Gruppe von 30 Personen aus Afghanistan kampierte; die Mehrheit war in sehr schlechter Verfassung. Ihre Rückkehr nach Belarus verhinderte der belarussische Grenzschutz, während die polnischen Grenzschrützer nicht erlaubten, dass sie weiter nach Polen vordrangen. Festzuhalten ist allerdings, dass unter allen Personen, die von den polnischen uni-

formierten Diensten im Grenzgebiet aufgehalten wurden, die Afghanen deutlich in der Minderzahl waren.

Am 2. September verhängte Polen zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems den Ausnahmezustand an der Grenze zu Belarus und verlängerte ihn am 30. September um 60 Tage. Die große Mehrheit der Opposition stimmte im Parlament gegen diese Entscheidung. Sie war auch gegen die Gesetzesnovelle, welche die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, für diejenigen ausschließt, die illegal die polnische Ostgrenze übertreten. Die Novelle verstößt damit gegen polnisches, europäisches und internationales Recht. Mitte Oktober 2021 stimmte der Sejm – wieder ohne Unterstützung des größten Teils der Opposition – für den Bau einer speziellen Mauerbefestigung an der Grenze zu Belarus.

Ähnliche Maßnahmen wie Warschau trafen verschiedene EU-Staaten an ihren Grenzen, unlängst auch Litauen und Lettland. Allerdings bestehen hier grundlegende Unterschiede. In Litauen und Lettland kam es nicht zu Todesfällen unter den Ausländern. Zudem wurde kein Ausnahmezustand verhängt, der die Anwesenheit von Journalisten und Aktivisten humanitärer Organisationen und anderer NGOs im Grenzgebiet verbietet. Im Unterschied zu Polen forderten Litauen und Lettland Beamte von FRONTEX an ihre Grenzen an und verabschiedeten auch keine Gesetzesnovelle zum Asylverfahren. Sie beschloßen auch nicht, eine Mauer zu bauen, sondern lediglich einen Zaun zu errichten. Am wichtigsten ist aber wohl, dass die polnische Regierung ihre Aktivitäten mit einer Hasskampagne gegenüber Moslems verband und darauf zählte, dass sie damit ihre Unterstützung in der polnischen Gesellschaft vergrößert, denn das Niveau der Islamfeindlichkeit ist in Polens eines der höchsten in der EU. Ein Detail dieser Kampagne war, dass auf einer Regierungspressekonferenz öffentlich ein privates Foto eines Afghanen in Uniform gezeigt wurde (dieses Vorgehen war abermals ein Rechtsbruch), und zwar in der Uniform der afghanischen Armee, also des Verbündeten der polnischen Streitkräfte in Afghanistan. Sein Militärdienst ist ein starkes Argument für die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus, da er ein potentielles Opfer der Repressalien der Taliban ist. Jedoch wurde er als ernstzunehmende Gefahr für die Sicherheit Polens dargestellt. Es bleibt zu hoffen, dass sich das antiislamische Vorgehen der polnischen Regierung nicht negativ auf das Verhältnis vieler Polen zu den nach Polen evakuierten Afghanen auswirkt. Wenn Polen sie integrieren möchte, findet es in der Vergangenheit viele Inspirationsquellen, die es wiederzuentdecken gilt.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Informationen über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Adam Balcer ist Programmdirektor des Jan Nowak-Jeziorański-Osteuropakollegs in Breslau (*Kolegium Europy Wschodniej im. Jana Nowaka-Jeziorańskiego w Wrocławiu*) und Dozent am Osteuropastudiengang der Universität Warschau (*Studium Europy Wschodniej, Uniwersytet Warszawski*) sowie Autor von Büchern, Berichten und Artikeln u. a. zur Geschichte des Islam in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan.

DOKUMENTATION

Mitteilung des polnischen Verteidigungsministeriums zum Ende des polnischen Afghanistaneinsatzes

Das Ende der Mission in Afghanistan. Nach fast zwei Jahrzehnten kehren die Polen nach Hause zurück

30.06.2021

Zusammen mit ihrem Befehlshaber Oberst Paweł Pytko kehrten die Soldaten der letzten, XIII. Ablösung des Polnischen Militärkontingents Afghanistan nach Polen zurück. Die polnischen Soldaten waren fast 20 Jahre in Afghanistan präsent. Es war einer der längsten und schwierigsten Auslandseinsätze der Polnischen Streitkräfte. Mehr als 33.000 Soldaten und Angestellte des Verteidigungsressorts nahmen an ihm teil.

»Ich danke euch für euren Dienst. Dafür, dass ihr und eure Kollegen Polen in allen Jahren würdig in der Mission in Afghanistan repräsentiert habt. Mit eurer Ankunft heute hier in Breslau [Wrocław] ist die Mission der Polen in Afghanistan beendet. Das war die Entscheidung des Bündnisses. Ihr habt die Mission erfüllt, ihr habt bewiesen, dass die Soldaten der Polnischen Streitkräfte in der Lage sind, unsere Verbündeten immer zu unterstützen, wenn Bedarf besteht, und dabei handelte es sich um eine Mission, die eine ungeheure Herausforderung darstellte. Man kann sagen, dass gerade die Mission in Afghanistan – neben der Mission im Irak – die größte Herausforderung war, vor der das Polnische Militär seit dem Zweiten Weltkrieg stand. Diese Prüfung wurde mit einer hervorragenden Note bestanden«, sagte Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak während der Begrüßung der letzten Ablösung des Polnischen Militärkontingents Afghanistan in Polen.

Am Mittwoch, den 30. Juni 2021 nahm der Chef des Verteidigungsministeriums in Breslau an der Begrüßung der von der letzten Ablösung im Rahmen des Polnischen Militärkontingents Afghanistan zurückkehrenden Soldaten teil.

»Wir können sagen, dass die Soldaten der Polnischen Streitkräfte durch ihre Teilnahme an der Mission in Afghanistan ihre militärischen Fertigkeiten ausgebaut haben. Man kann sagen, dass das Polnische Militär wertvolle Erfahrungen erworben hat. Unterstrichen werden soll auch, dass ihr durch die Schulung der Soldaten der afghanischen Armee eine sehr gute Arbeit geleistet habt, weil ihr in dem fernen Land Sicherheit aufgebaut habt. Es muss ebenfalls betont werden, dass ihr auch die Zivilbevölkerung unterstützt habt. Das alles wurde wahrgenommen, das alles wird erinnert, dass alles wird wertgeschätzt«, sagte der Chef des Verteidigungsministeriums während der Begrüßung der polnischen Soldaten.

Die polnische Militärpräsenz in Afghanistan war eine Folge der Bildung einer internationalen Koalition nach dem Terrorangriff auf das World Trade Center am 11. September 2001. Seit dem Jahr 2002 nahmen die Polnischen Streitkräfte als Polnisches Militärkontingent bei drei Operationen auf dem Gebiet Afghanistans teil: *Enduring Freedom* (2002 bis 2007), *International Security Assistance Force – ISAF* (2003 bis 2014), *Resolute Support* (2015 bis 2021).

Der Chef des Verteidigungsministeriums erinnerte auch an die, die den Einsatz mit dem höchsten Preis, dem Leben, bezahlt haben. »Leider kehrten 43 Soldaten nicht von der Afghanistanmission zurück, 200 wurden verletzt. Der polnische Staat vergisst sie und ihre Familien nicht. Vor zwei Jahren wurde das Veteranengesetz novelliert, der Umfang der Unterstützung, die der polnische Staat den Veteranen und ihren Familien zuteilwerden lässt, wurde deutlich vergrößert«, sagte er. Die Gefallenen wurden mit einer Schweigeminute geehrt.

Die Mission in Afghanistan war eine Prüfung in einem realen Kampfgebiet. Mit der Zeit wandelte sich der reine Kampfeinsatz zu einer Stabilisierungs- und Schulungsmision. Der polnische Soldat hat mit seiner Haltung in allen Jahren gezeigt, dass die Polnischen Streitkräfte ein sicherer und glaubwürdiger Partner für die Verbündeten und die

Koalitionäre sind, ein hervorragend ausgebildeter Gegner für den Feind und Unterstützung für die, die selbst nicht in der Lage sind, für ihre Sicherheit zu sorgen. Während der Mission waren die polnischen Soldaten an 26 Orten (Basen, Punkte, Camps, Wachposten) eingesetzt und waren verantwortlich für die Provinz Ghazni.

Die Streitkräfte der Republik Polen sind dank der u. a. in der Afghanistanmission erworbenen Erfahrungen besser auf die Wirklichkeit des Schlachtfeldes der Gegenwart vorbereitet als nach Übungen und Schulungen auf dem Truppenübungsplatz. Die Funktionsfähigkeit des Polnischen Militärs in einer multinationalen Umgebung wird für weitere Aktivitäten der Polnischen Armee genutzt. Unser Land ist Empfänger der in Polen anwesenden verbündeten Kräfte – in Polen wurden Bündnisinitiativen für eine erweiterte Präsenz zur Vergrößerung des Verteidigungspotentials und Abschreckungskräfte der NATO an der Ostflanke des Nordatlantikkbündnisses angesiedelt.

Die wertvollen Erfahrungen der Afghanistanmission haben Einfluss auf die Aktualisierung und Verbesserung der Schulungsprogramme, die Vorbereitung der Soldaten und ihre Ausrüstung. Die Mission geht mit der Erfahrung einher, in einem Konflikt zu handeln, der irregulär ist, sie hat aber auch die Modernisierungsprozesse in der Polnischen Armee beschleunigt und intensiviert. Afghanistan bedeutet außerdem die Stärkung der Kontakte mit den Bündnispartnern und die Erarbeitung einer starken Position der Polnischen Streitkräfte auf internationaler Bühne.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Obrony Narodowej [Ministerium der Nationalen Verteidigung]. <https://www.gov.pl/web/obrona-narodowa/koniec-misji-w-afghanistanie-po-prawie-dwoch-dekadach-polacy-wracaja-do-domu> (abgerufen am 13.10.2021).

INTERVIEW

OKO.press und Janina Ochojska über afghanische Ortskräfte und Aufnahmebedingungen in Polen

Ochojska: Polen sollte die Flüchtlinge aus Afghanistan, unsere Verbündeten, gut aufnehmen

18. August 2021

Polen versucht, Afghanen, die mit dem polnischen Militär und Nichtregierungsorganisationen zusammengearbeitet haben, [aus Afghanistan] herauszuholen. [...]

OKO.press fragt Janina Ochojska, Gründerin und langjährige Chefin der Polnischen Humanitären Aktion (*Polska Akcja Humanitarna*) und Europaabgeordnete der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), wie die Afghanen in Polen aufgenommen werden sollten.

Adam Leszczyński: Polen hat beschlossen, ein Flugzeug für die Mitarbeiter unserer Streitkräfte, Diplomaten und Nichtregierungsorganisationen sowie ihre Familien nach Kabul zu schicken. Hat das nicht zu lang gedauert? Hätte man nicht früher daran denken müssen?

Janina Ochojska: Natürlich hätte man früher daran denken müssen, als bereits klar war, dass die Taliban Afghanistan überfluten, als sie sich Kabul näherten – das versteht sich von selbst!

Das sind Menschen, denen wir versprochen haben, dass wir sie schützen werden, wenn sie etwas bedroht. Ein Teil der Mitarbeiter, zum Beispiel ein Teil der Menschen, mit denen die Polnische Humanitäre Aktion zusammengearbeitet hat, wurde evakuiert – manche schon vor mehr als zehn Jahren – und sind jetzt in Polen.

Leider haben alle Prozedere so lang gedauert, dass sie erst nach zehn Jahren anfangen, sich mehr oder weniger ein eigenes Leben aufzubauen. Ich bin gespannt, wie das jetzt sein wird. Zum Beispiel ist ein Teil der Familien unserer ehemaligen Mitarbeiter dort geblieben, das weiß ich, sie sollen auch evakuiert werden und auf alle Fälle bemühen wir uns darum. Es kann allerdings zu spät sein, denn jetzt alle diese Menschen zusammenzuholen, zu finden, sogar wenn sie auf dem Flughafen in Kabul sind, der überfüllt ist – das wird nicht einfach.

Zur Vergewisserung: Der Vertrag mit den Menschen, mit denen Polen in Afghanistan zusammengearbeitet hat, sah folgendermaßen aus: Wir schützen sie auch nach Beendigung der Zusammenarbeit?

So war es. Wir sprechen hier von zwei Gruppen von Menschen. Manche, insbesondere zum Beispiel die, die mit der Polnischen Humanitären Aktion bis 2009, als wir unsere Mission beendeten, zusammengearbeitet haben, erwarteten von uns Hilfe beim Verlassen Afghanistans aus Sicherheitsgründen. Manche wollten bleiben.

Vollkommen anders ist es bei den Menschen, die mit dem Militär zusammengearbeitet haben. Die Zusammenarbeit mit zivilen Organisationen zieht nicht solche Konsequenzen nach sich wie die Zusammenarbeit mit der Armee.

Ich präzisiere: Die Zusammenarbeit mit dem Militär ist riskanter?

Ja, und daher sollte jeder Mensch, der sich zu einer solchen Zusammenarbeit verpflichtet hat, sei es aufgrund von Sprachkenntnissen oder aufgrund von Geländekenntnissen oder aufgrund anderer Fertigkeiten, die bei den Streitkräften gefragt waren, jeder Mensch sollte in dem Moment automatisch evakuiert werden, wenn sich die Armee aus Afghanistan zurückzieht.

Viele sind jedoch geblieben. Ähnlich war es übrigens im Irak. Zum ersten Mal habe ich im Irak davon gehört, dass die Mitarbeiter oder Übersetzer zurückgelassen wurden. Natürlich nicht alle; es gibt welche, denen es gelang, auszureisen.

In Afghanistan sollte das absolut alle betreffen, es sei denn, jemand unterschreibt eine Erklärung, dass er nicht will.

Wer sind diese Menschen?

Das sind ganz unterschiedliche Personen. Wir haben Englischkurse durchgeführt, also haben wir Menschen gebraucht, die diese Kurse halten konnten. Wir haben auch Computerkurse durchgeführt, sowohl in Kabul als auch außerhalb. Wir haben Schulen aufgebaut und Wasserentnahmestellen, also haben wir Arbeitskräfte eingestellt, wir brauchten zum Beispiel eine Bauaufsicht. Wir haben mit einem Ingenieur zusammengearbeitet, der in Polen sein Studium beendet hat. Er hatte eine Bauaufsichtsberechtigung, er konnte also bestimmte Gebäude abnehmen. Wir hatten Fahrer, die uns an verschiedene Orte gefahren haben.

Wir hatten nicht sehr viele Mitarbeiter, denn wir konnten uns das ganz einfach nicht leisten und haben viel selbst gemacht. Wir brauchten allerdings auch Übersetzer, die mit uns in die Ämter gingen, um Angelegenheiten zu erledigen.

Meistens haben wir sie über Anzeigen gefunden oder über andere Organisationen. Alles hing davon ab, wen wir suchten.

Sie haben erwähnt, dass die Prozedere der Übersiedlung in Polen sehr lange dauerten. Worin bestanden die Probleme? Ist die polnische Bürokratie besonders abweisend oder arbeitet sie besonders schlecht in solchen Situationen?

Flüchtlinge sind bei uns in Polen nicht besonders gern gesehen. Ich kann leider nicht allzu viele Einzelheiten nennen, denn ich will nicht, dass diese Menschen identifizierbar werden.

Zuerst lebten diese Personen in einem Flüchtlingslager. Sie wohnten lange dort, aber das ist kein Ort, an dem sich ein Mensch entwickeln kann. Englischunterricht, Polnischunterricht, alle Prozedere, Dokumente, die man bekommen musste – das dauerte. Ganz zu schweigen davon, dass es für einen Afghanen, der die Sprache noch nicht gut kennt, sehr schwer ist, eine Arbeit zu finden.

Unterdessen mussten sie sehr häufig das Lager verlassen und selbst für ihren Unterhalt sorgen – sie kannten aber die Sprache noch nicht so gut. Eine Wohnung oder ein Zimmer zu finden war noch schwieriger.

Wenn jemand in Polen leben soll, muss er ein selbständiges Leben führen, das heißt für sein Auskommen sorgen können, eine Unterkunft haben und durch seine Arbeit seinen Unterhalt verdienen.

Am Anfang hatten sie übrigens keine Beihilfe, denn im Flüchtlingslager bekommt man 50 Zloty Taschengeld.

Was sollte Polen mit den Hundert Menschen tun, die es jetzt hierherholt? Sollten sie ein Sonderverfahren durchlaufen oder können sie in die Prozedere aufgenommen werden, in die alle Flüchtlinge kommen? Im polnischen Verständnis sind die Prozedere schrecklich – sie sind sicherlich immer schrecklich, aber hier besonders schrecklich. Das sind ja unsere Verbündeten.

Ich denke, es ist sehr schwer, ein Sonderverfahren zu schaffen... Vor allem müssen die Betroffenen ihren Willen bekunden, ob sie in Polen bleiben oder in ein anderes europäisches Land gehen wollen, wo sie zum Beispiel Verwandte haben. Das ist ein grundlegender Punkt.

Das Wichtigste ist, diesen Menschen hier ein würdiges Leben zu gewährleisten, und zwar der Art, dass sie nicht alles erbitten müssen und für alles den Weg durch die Behörden gehen müssen. Das ist für mich eine absolut grund-

legende Bedingung. Sie sollten gleich zu Anfang darüber informiert werden, was sie erwarten können und was nicht, damit sie das wissen, wenn sie Entscheidungen treffen. Zum Beispiel ob jemand den Polnischkurs finanziert oder nicht. Ob sie Englisch weiterlernen wollen oder nicht. Sie müssen wissen, ob sie in einer großen oder in einer kleinen Stadt wohnen und welchen Beruf sie ausüben wollen – sie sollten gewissermaßen sofort die Rahmenbedingungen kennen.

Bei uns ist es doch meistens so, dass es zufällig gelingt, dem Beamten etwas aus dem Kreuz zu leiern, aber meistens wissen die Flüchtlinge ganz einfach nicht, was sie überhaupt erwarten können. Ich befürchte, dass es bei unseren Verbündeten aus Afghanistan dasselbe sein wird.

*Übersetzung und Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung von OKO.press.
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

Quelle: OKO.press. <https://oko.press/ochojaska-polska-powinna-dobrze-przyjac-uchodzcow-z-afganistanu/> (abgerufen am 13.10.2021)

CHRONIK

1. – 18. Oktober 2021

01.10.2021	Grzegorz Schetyna, Mitglied des Parteivorstands der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und ehemaliger Innenminister, spricht sich in einem Interview dafür aus, Vertreter der polnischen Medien zur Berichterstattung an die polnisch-belarussische Grenze vorzulassen. Außerdem sollte die Agentur für europäische Grenz- und Küstenwache FRONTEX angefordert werden, damit die Situation an der Grenze nicht nur eine polnische Angelegenheit sei. Hintergrund ist der Migrationsdruck, den das belarussische Regime an der polnisch-belarussischen Grenze aufgebaut hat, indem es gezielt Migranten aus afrikanischen und asiatischen Ländern an die Grenze gebracht hat. Polen hat daraufhin seine Grenzsicherungsmaßnahmen verstärkt und den Ausnahmezustand im betroffenen Gebiet verhängt.
02.10.2021	Am Jahrestag des Endes des Warschauer Aufstandes (1944) gegen die nationalsozialistische Besatzung und Gedenktag der zivilen Opfer des Aufstandes enthüllt Barbara Fedyszak-Radziejowska, Beraterin des Präsidenten Andrzej Duda, auf dem Krasiński Platz in Warschau ein Denkmal für die Frauen des Warschauer Aufstandes. Es zeigt eine Soldatin, eine Sanitäterin und eine Meldegängerin und ist allen Frauen gewidmet, die das traumatische Erlebnis durchgemacht haben.
04.10.2021	Außenminister Zbigniew Rau empfängt seinen türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu. Beide zeigen sich zufrieden über den Handelsaustausch in Höhe von mehr als 6 Mrd. Euro im Jahr 2020 trotz Beeinträchtigungen durch die herrschende Corona-Pandemie. Könnten einige wesentliche Handelsbarrieren für den polnischen Export und Investitionen auf dem türkischen Markt ausgeräumt werden, sei das Handelsniveau noch steigerbar, so Rau.
06.10.2021	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak stellt nach seinem Treffen mit US-Verteidigungsminister Lloyd Austin in Washington in Aussicht, dass die polnischen Streitkräfte im kommenden Jahr mit ersten Abrams Panzern der US-Armee ausgestattet werden.
07.10.2021	Das Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK) urteilt, dass Teile der Bestimmungen der europäischen Verträge nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar sind. Dies sei der Fall, wenn EU-Organe außerhalb der Kompetenzen handeln, die ihnen Polen übertragen hat. So sei der Versuch des Europäischen Gerichtshofs, sich in das polnische Justizwesen einzumischen, ein Verstoß gegen die Regel des Vorrangs der Verfassung und gegen die Regel, dass die Souveränität im Prozess der europäischen Integration bewahrt bleibe.
08.10.2021	EU-Justizkommissar Didier Reynders zeigt sich auf einer Pressekonferenz in Brüssel besorgt über die Situation in Polen, wo am Vortag das Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK) geurteilt hat, dass die Bestimmungen der europäischen Verträge teilweise nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar seien. Die Europäische Kommission setze sich weiter in verschiedenen Verfahren gegen Polen für die Unabhängigkeit des polnischen Justizwesens und den Schutz der Bürgerrechte in Polen ein.
09.10.2021	In Warschau findet der Vereinigungsparteitag der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und Frühling (Wiosna) mit ca. 1.150 Mitgliedern statt. Als Vorsitzende der Neuen Linken (Nowa Lewica) werden Robert Biedroń (936 Stimmen; vorher Parteichef von Frühling) und Włodzimierz Czarzasty (887 Stimmen; vorher Vorsitzender der SLD) gewählt. Zur Wahl gestellt hatte sich auch Piotr Rączkowski (152 Stimmen; SLD).

10.10.2021	In Warschau protestieren ca. 80.000 bis 100.000 Menschen gegen das Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK) in dieser Woche, das die teilweise Unvereinbarkeit der Bestimmungen der europäischen Verträge mit der polnischen Verfassung festgestellt hat. Donald Tusk, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und ehemaliger EU-Ratspräsident (2014 bis 2019), hat zu dieser Demonstration aufgerufen. Auch in ca. 100 weiteren Städten in Polen und im Ausland kommt es zu Demonstrationen.
11.10.2021	Anna Michalska, Pressesprecherin des Grenzschutzes, teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass der Grenzschutz zurzeit im Gespräch mit dem Verteidigungsministerium darüber ist, die Anzahl der Soldaten an der polnisch-belarussischen Grenze aufzustocken. Zurzeit sind 2.500 Soldaten an der Grenze eingesetzt, um illegale Grenzübertritte aus Belarus zu verhindern. Michalska informiert, dass es vor zwei Tagen ca. 700 Versuche gab, illegal über die Grenze von Belarus nach Polen zu gelangen. Es habe sich dabei um einen bisherigen Tageshöchstwert gehandelt. Innerhalb von drei Tagen sei es zu ca. 2.000 Versuchen gekommen. Die belarussischen Grenzschützer würden die Migranten bewusst an Stellen führen, wo sie leicht die Grenze überschreiten können, so Michalska. Hintergrund ist, dass das belarussische Regime zielgerichtet Migranten aus Afrika und Asien an die belarussische Westgrenze bringt und sie nicht ins Land zurücklässt, während die betreffenden EU-Grenzstaaten die Grenzübertritte zu verhindern versuchen.
12.10.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt auf einer Pressekonferenz bei einem Besuch in Budapest (Ungarn), die Opposition in Polen versuche der polnischen Regierung zu unterstellen, dass sie die Europäische Union und Polen schwächen wolle, indem sie Polen aus der Europäischen Union herausführen wolle. Dies sei eine Lüge, die darauf beruhe, dass die Urteile der Verfassungsgerichte anderer EU-Mitgliedsstaaten nicht richtig gelesen werden. Der Kontext ist das Urteil des polnischen Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK) in der vergangenen Woche, dass die Bestimmungen der europäischen Verträge teilweise nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar seien. Das Regierungslager begrüßte das Urteil und verwies darauf, dass es ähnliche Urteile der Verfassungsgerichte in Frankreich, Dänemark, Deutschland, Italien, Tschechien, Spanien und Rumänien gegeben habe.
13.10.2021	Andrzej Sadoś, Ständiger Vertreter Polens bei der Europäischen Union, informiert Medienberichten zufolge auf einem Treffen in Brüssel seine europäischen Amtskollegen über die Lage an der polnisch-belarussischen Grenze. Demnach seien die belarussischen Behörden und Streitkräfte aktiv daran beteiligt, illegale Grenzübertritte nach Polen zu erleichtern. Ein deutlicher Anteil der von Belarus zielgerichtet an die polnisch-belarussische Grenze gebrachten Migranten aus afrikanischen und asiatischen Staaten habe vorher in Ländern gelebt, in denen ihnen keine Gefahr gedroht habe, z. B. in Russland. Des Weiteren hätte Belarus die polnischen Grenzschützer und Soldaten durch Schreckschüsse, eine »falsche Bombe« sowie durch Lasereinsatz provoziert. Polen stehe in Kontakt mit der Agentur für europäische Grenz- und Küstenwache FRONTEX, deren Direktor das Grenzgebiet unlängst besucht habe, sowie mit dem Hohen Kommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen.
14.10.2021	Der Sejm stimmt mit 274 Stimmen (174 Gegenstimmen, eine Enthaltung) für die Errichtung einer dauerhaften Grenzbefestigung an der Grenze Polens zu Belarus. Die Kosten werden mit 1,62 Mrd. Zloty veranschlagt. Der Gesetzesentwurf wurde vom Innenministerium eingebracht. Hintergrund ist, dass das belarussische Regime gezielt Migranten aus asiatischen und afrikanischen Staaten an die belarussische Grenze zur Europäischen Union vorlässt, die betreffenden Staaten jedoch illegale Grenzübertritte abwehren. In Polen gilt im Grenzgebiet der Ausnahmezustand.
16.10.2021	In Warschau findet ein Marsch der Solidarität mit den Migranten an der polnisch-belarussischen Grenze statt. Zu der Demonstration hatten u. a. feministische Gruppen aufgerufen; Initiatorinnen waren u. a. Janina Ochojska, Agata Młynarska und Monika Płatek. Kritisiert wurde in dem Aufruf, dass Polen an der Grenze sog. Pushbacks durchführe und den Migranten den Zugang zu einem Asylverfahren sowie zu medizinischer Versorgung verweigere. An der polnisch-belarussischen Grenze finden zurzeit mehrere Hundert Versuche des illegalen Grenzübertrittes statt. Die Migranten aus afrikanischen und asiatischen Staaten wurden vom belarussischen Regime gezielt ins Land geholt und an die Grenze gebracht. Polen will die Grenzübertritte verhindern und hat in den betreffenden Gebieten den Ausnahmezustand verhängt.
18.10.2021	Justizminister Zbigniew Ziobro fordert auf einer Pressekonferenz die Regierung Polens auf, Deutschland vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) auf Verletzung der europäischen Verträge zu verklagen. Diese basiere auf der Politisierung des Bundesgerichtshofes in Deutschland, dessen Richterstellen nicht unabhängig besetzt würden. Vizeminister Sebastian Kaleta führt aus, dass die Richter des polnischen Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN) mehrheitlich von Richtern und in der Minderzahl von Abgeordneten des Sejm bestimmt werden. Die Richter des Bundesgerichtshofes würden jedoch von den Justizministern der Bundesländer und Abgeordneten des Bundestages gewählt. Das Verfahren in Polen beurteile der EuGH als politische Instrumentalisierung durch die Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica). Die Überprüfung des Prozedere in Deutschland werde zeigen, ob der EuGH gleiche Maßstäbe anlegt oder mit zweierlei Maß misst.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2021 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>